

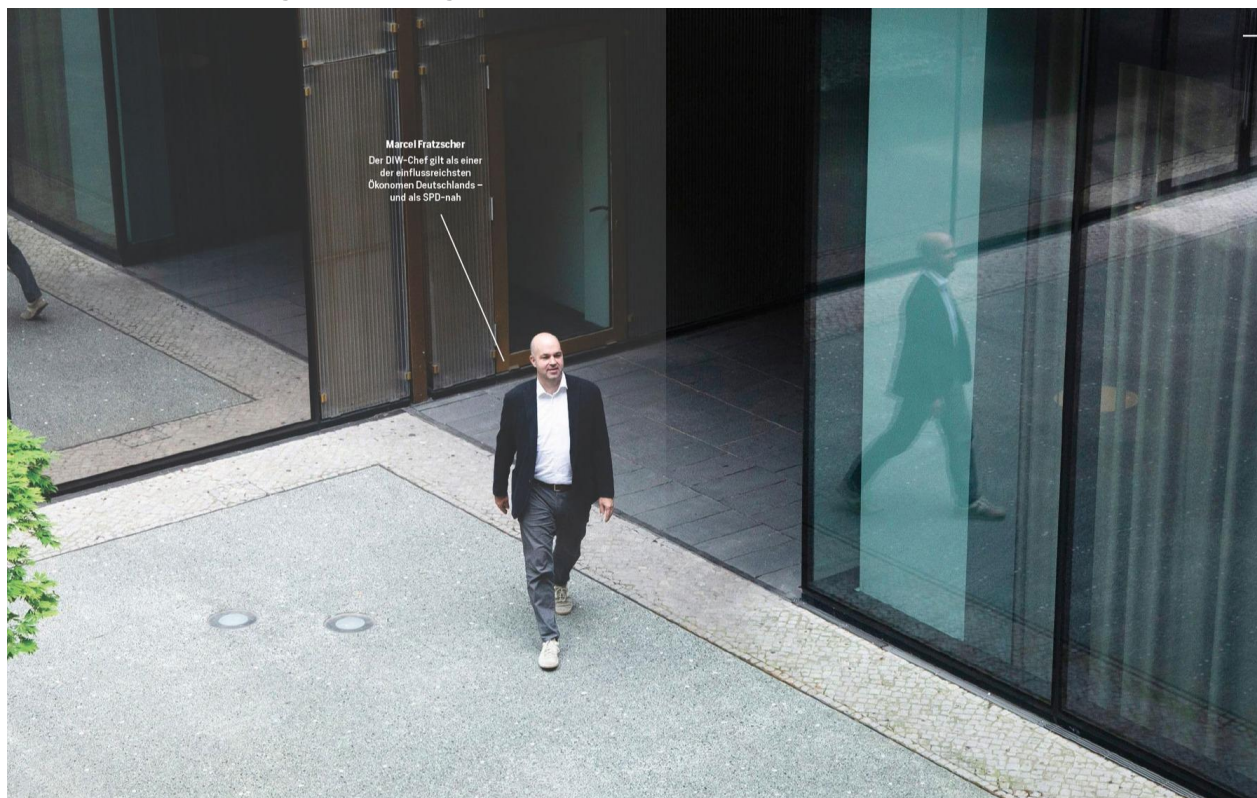


FOCUS vom 31.07.2021, Nr. 31, Seite 54

Wirtschaft
KONJUNKTUR

"Wir werden eine Welle an Insolvenzen sehen"

Die Regierung unterschätzt den Ernst der Lage, meint DIW-Chef Marcel Fratzscher. Er fordert eine Patentfreigabe für Impfstoff - und ein Startgeld für die Jugend



Die Forschung Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit Sitz in Berlin finanziert sich überwiegend aus öffentlichen Mitteln **FOTOS VON ANNETTE HAUSCHILD**

Marcel Fratzscher spricht von einem guten Sommer für die Wirtschaft - und macht sich doch Sorgen. Kurzfristig könnten die Unternehmer zwar aufatmen. Die Exporte legen zu, Restaurants und Hotels sind wieder geöffnet. Für dieses Jahr rechnet der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) mit einem BIP-Wachstum von 3,2 Prozent. Doch wie nachhaltig ist das? Bislang haben es viele Firmen durch die Krise geschafft. Der Ökonom glaubt aber, dass sich das bald ändern könnte. **Herr Fratzscher, die Wirtschaft wächst. Warum machen Sie sich dennoch Sorgen?** Wir laufen Gefahr, den gleichen Fehler zu machen wie im letzten Sommer: Wir wiegen uns in falscher Sicherheit. Wir glauben, wenn erst einmal genügend Menschen hierzulande geimpft sind, sind wir über den Berg. Wir sind aber noch lange nicht über den Berg. **Was genau läuft schief?** Wir schauen zu sehr rein auf Deutschland. Dabei wird die Pandemie auch für uns erst beendet sein, wenn sie weltweit beendet ist - gesundheitlich wie wirtschaftlich. Es gibt kaum eine Volkswirtschaft, die so sehr von der Weltwirtschaft abhängt wie die deutsche. 45 Prozent der Güter, die wir produzieren, gehen ins Ausland. Virologen aber sagen, dass es noch zwei Jahre dauern wird, bis weltweit allen Menschen eine Impfung angeboten worden ist. In Afrika ist bislang nur ein Prozent der Bevölkerung geimpft, in Indien sind es weniger als zehn Prozent. Deshalb werden wir noch lange damit leben müssen, dass Lieferketten gestört sind oder die Nachfrage im Ausland einbricht. **Die Weltwirtschaft wird sich also so schnell nicht von Corona erholen?** Nein. Allein schon deshalb nicht, weil zahlreiche Länder wirtschaftlich extrem verwundbar sind und eine Kapitalflucht erfahren, was Schuldenkrisen auslösen könnte. Im besten Fall kommt es nur zur Rezession, im schlimmsten Fall zur Finanzkrise. Treffen wird das vor allem die Entwicklungs- und Schwellenländer. Die G20-Staaten haben sich zwar bereits auf Schuldenerleichterungen verständigt, aber das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. **Was müsste also passieren?** Wir müssen ärmere Länder schneller mit Impfstoff versorgen. China und Russland werden bereits aktiv. In Europa und den USA hat man hingegen viel zu lange gesagt: Erst ist unsere eigene Bevölkerung dran. Das ist moralisch wie wirtschaftlich ein blinder Fleck. **Was könnte Deutschland tun?** Ich halte es für einen großen Fehler,

dass Deutschland die Freigabe der Patente für Impfstoff verweigert. Konzerne wie Johnson & Johnson, Moderna, AstraZeneca und Biontech/Pfizer müssen ihre Patente und Expertise mit anderen Unternehmen teilen, damit diese in ihren Heimatländern Impfstoff produzieren können. **Pharmakonzerne haben viel Geld in die Entwicklung gesteckt. Sollen sie jetzt nicht auch am Impfstoff verdienen?** Patente werden auch in normalen Zeiten immer nur einige Jahre gewährt, sodass einerseits die Menschen, die das neue Medikament brauchen, daraus Nutzen ziehen können und gleichzeitig der erfolgreiche Pharmakonzern angemessene Profite erzielen kann. Im Falle der Covid-Impfstoffe ist der Nutzen für die Gesundheit und die Lebensgrundlage von Milliarden Menschen enorm groß. Zudem haben die erfolgreichen Pharmakonzerne schon jetzt nach weniger als einem Jahr hohe Profite erzielt. Biontech geht für dieses Jahr von einem Gewinn von sechs Milliarden Euro aus - noch vor zwei, drei Jahren hat das Unternehmen praktisch keinen Gewinn gemacht. Außerdem verlangt niemand, dass die Konzerne die Patente kostenlos abgeben. **Wie können die Regierungen die Konzerne dazu bringen, ihre Patente zu teilen?** Der Staat muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit die Konzerne ein Interesse daran haben, ihre Impfstoff-Patente zu lizenzieren, und die notwendige Expertise für dessen Produktion teilen. Es muss unter den Pharmakonzernen ein Wettbewerb um die Lizenzierung entstehen. Ein Unternehmen wie Biontech muss wissen: Wenn es sein Patent nicht mit Firmen in Brasilien oder Nigeria teilt, wird diesen Markt ein anderer Konzern mit seinem Impfstoff besetzen. Nur wenn die Pharmakonzerne darum konkurrieren, wer seine Patente und Expertise wo teilt, kann schnell weltweit mehr Impfstoff produziert werden. **Sie sagen, Deutschland wiegt sich in Sicherheit. Was kommt wirtschaftlich auf uns zu?** Die Pandemie hat etwas in unserer Gesellschaft verändert, und zwar nachhaltig. Die Menschen werden nicht wieder zu ihrem Verhalten vor Corona zurückkehren. Viele haben sich zum Beispiel daran gewöhnt, mehr Dinge im Internet zu bestellen. Der Onlinehandel wird deshalb dauerhaft mehr Marktanteile behalten. Ähnliche Entwicklungen sehen wir in der Gastronomie, in der Veranstaltungs- und der Reisebranche. Manche Unternehmen werden das nicht überleben. Viele werden sich grundlegend wandeln müssen. **Seit Beginn der Pandemie sagen Experten einen Anstieg der Insolvenzen voraus - bislang aber ist er ausgeblieben.** Das liegt am Eingreifen der Politik. Sie hat früh Unternehmen finanziell unterstützt. Außerdem war bis April die Pflicht ausgesetzt, einen Insolvenzantrag zu stellen. Langfristig aber werden wir eine Welle an Insolvenzen sehen. Die Frage ist nicht, ob sie kommt. Offen ist nur, wann sie kommt und wie stark sie ausfallen wird.



"Wir wiegen uns in falscher Sicherheit. Dabei sind wir noch lange nicht über den Berg"

Marcel Fratzscher

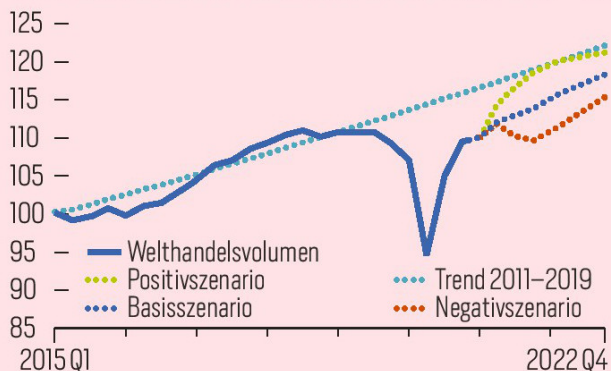
In zwei Monaten steht die Bundestagswahl an. Was erwarten Sie vor diesem Hintergrund von der neuen Regierung?
Sie sollte zügig ein Programm für Zukunftsinvestitionen auflegen, sodass Deutschland in wichtigen Zukunftsbereichen nicht noch stärker in Rückstand gerät. Nur so können wir den großen Herausforderungen unserer Zeit begegnen: dem Klimawandel, der digitalen Transformation und der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft. Manches lässt sich mit einer guten Regulierung lösen, aber nicht alles. Wir brauchen massive Investitionen, etwa in **erneuerbare Energien**, in den Ausbau der **Energienetze** oder die energetische Gebäudesanierung. **Das kostet viel Geld. Wo soll das herkommen?** Entscheidend ist nicht die Höhe der Schulden, sondern was ihnen gegenübersteht. Jeder, der ein Haus baut, versteht das. Wenn man dafür 100 000 Euro Schulden aufnimmt, klingt das dramatisch. Wenn das Haus dann aber schnell im Wert steigt, wird jeder sagen, die Investition hat sich gelohnt. Und so ist das auch beim Staat. Der aber hat in den letzten 20 Jahren viel zu wenig investiert. So wenig, dass er damit nicht einmal den Wertverlust der öffentlichen Infrastruktur ausgleichen konnte. Als solide Finanzpolitik würde ich das nicht bezeichnen. **Viele Politiker pochen auf die Schuldenbremse. Mit ihr will die Regierung künftige**

Generationen schützen. Ein bekannter Politiker hat vor einiger Zeit mal gesagt, Kinder können nicht auf Schuldenbergen spielen ? **CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak war das, er sprach von einer "Axt an die Generationengerechtigkeit"** ? Ich sehe das anders. Künftigen Generationen dürfte es egal sein, ob der Staat wie heute 0,3 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung an Zinsen auf die Schulden zahlt oder ob es 0,5 Prozent sein werden. Viel wichtiger dürfte künftigen Generationen sein, ob sie in einer intakten Umwelt leben. Ob sie einen Job haben, von dem sie leben können, weil ihre Unternehmen im globalen Wettbewerb bestehen können. Ob das deutsche Bildungssystem international mithalten kann.

Die Folgen der Pandemie

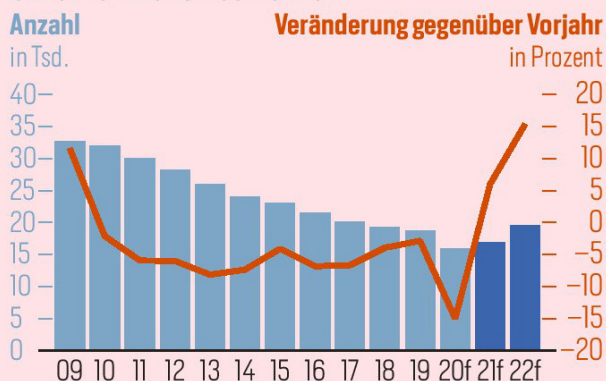
Durch Corona sind Welthandel und **Wirtschaftswachstum** eingebrochen. Wie es weitergeht, hängt vom Impf-Fortschritt ab - nicht nur in Deutschland

Corona beeinflusst den Welthandel Index: 2015 = 100



Global vernetzt Ob sich der Welthandel weiter so gut erholt, hängt vom Impf-Fortschritt ab

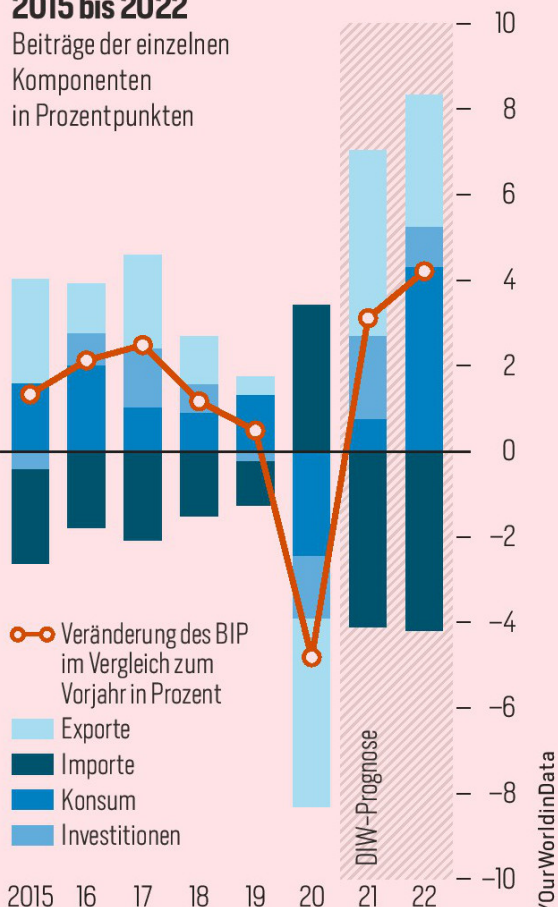
Unternehmensinsolvenzen



Mehr Pleiten Im ersten Corona-Jahr ging die Zahl der Insolvenzen dank staatlicher Hilfen noch zurück. Nun dürfte sie steigen

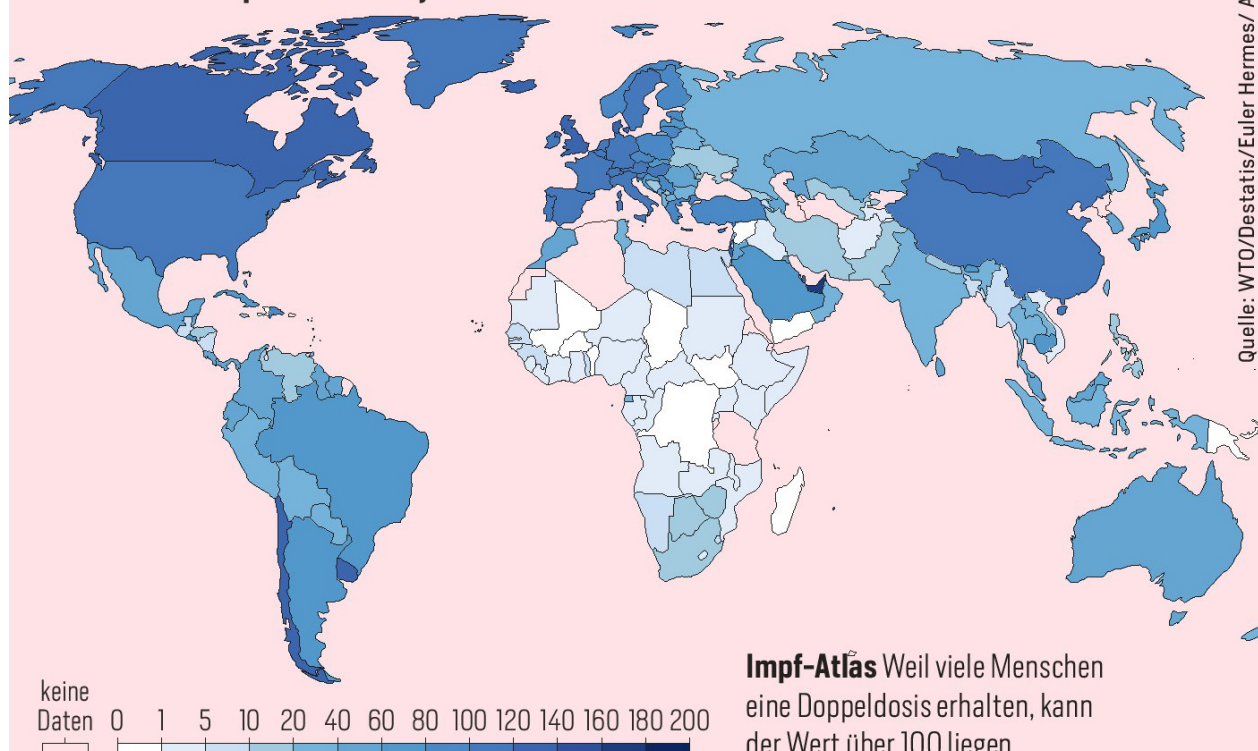
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2015 bis 2022

Beiträge der einzelnen Komponenten in Prozentpunkten



Einbruch und Aufbruch Mit Corona ist die deutsche Wirtschaft erstmals seit zehn Jahren massiv geschrumpft

Verabreichte Impfstoff-Dosen je 100 Einwohner Stand: 26. Juli 2021



Impf-Atlas Weil viele Menschen eine Doppeldosis erhalten, kann der Wert über 100 liegen

Quelle: WTO/Destatis/Euler Hermes/ Allianz Research/DIW/OurWorldinData

Was muss sich im Bildungssystem ändern? Wir sollten wieder mehr Kompetenzen auf den Bund übertragen. Wir brauchen bundesweit einheitliche Qualitätsstandards in der Bildung. Und wir müssen gezielt in Schulen, in Stadtteilen und Regionen investieren, in denen der Bedarf besonders groß ist. In der Pandemie ist die Schere im Bildungssystem noch einmal weiter aufgegangen. Dabei sind schon vor Corona 71 Prozent der Akademikerkinder zur Universität gegangen, aber nur 20 Prozent der Nicht-Akademikerkinder. **Könnte da auch ein Startgeld helfen, das Sie für junge Menschen fordern?** Das Startgeld basiert auf der Idee, dass jungen Menschen der Start ins Leben heute sehr viel schwererfällt. Nehmen Sie ein junges Paar, Mitte 30, das in der Stadt in einer Zweizimmerwohnung lebt. Wenn die beiden sich vergrößern wollen, Kinder bekommen, haben sie kaum eine Chance, in ihrem Kiez zu bleiben. Auch die Frage, ob sich ein junger Mensch selbstständig macht, hängt vom Geld ab. Das aber hat nur, wer reiche Eltern hat oder früh erbt. Deshalb sollte jeder junge Mensch vom Staat eine Art Erbschaft bekommen: ein Startgeld von 30 000 Euro zum Beispiel nach Abschluss der ersten Berufsausbildung. **Das klingt wie ein einmaliges Grundeinkommen für junge Menschen.** Ja, aber es ist eben eine einmalige Zahlung. Es entbindet niemanden davon, arbeiten zu gehen oder sich eine Existenz aufzubauen. Es ist vielmehr wie ein Erbe, auf das ich zurückgreifen kann, wenn ich es brauche. **Ein für den Staat sehr teures Erbe.** Wenn Sie mit 600 000 Menschen pro Geburtsjahrgang rechnen, kommen Sie auf Ausgaben von 18 Milliarden Euro pro Jahr. Das klingt viel, ist im Verhältnis aber wenig. Allein die Abschaffung des Solis für die oberen zehn Prozent, wie sie manche Parteien fordern, würde den Staat elf oder zwölf Milliarden Euro im Jahr kosten. Wenn Sie darauf verzichten würden, hätten Sie einen Teil des Startgelds wieder drin. Und es wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr Chancengleichheit und Generationengerechtigkeit, von dem die gesamte Gesellschaft profitieren würde.

INTERVIEW VON CARLA NEUHAUS

Bildunterschrift:

Die Forschung Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit Sitz in Berlin finanziert sich überwiegend aus öffentlichen Mitteln


FOTOS VON ANNETTE HAUSCHILD

Quelle:	FOCUS vom 31.07.2021, Nr. 31, Seite 54
Rubrik:	Wirtschaft
Dokumentnummer:	foc-31072021-article_54-1

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/FOCU__3fcbe157ea219545f7a182268214146c5f2d1106

Alle Rechte vorbehalten: (c) FOCUS Magazin-Verlag GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH